

1197/AB

Beantwortung

der Anfrage der Abgeordneten Kier, Schaffenrath und PartnerInnen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales, betreffend Neuberechnung der
Steigerungsbeträge für die Alterspension (Nr 1202/J)

Zu den aus der beiliegenden Ablichtung der gegenständlichen Anfrage ersichtlichen
Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

Zu Frage 1: Ja.

Zu den Fragen 2 und 3: Die Neuregelung der Hundertsätze für die Berechnung der Pension ist eine konsequente Fortsetzung der 51. Novelle zum ASVG, wo bereits die Steigerungsbeträge in Richtung eines Bonus-Malus-Systems ausgerichtet wurden. Das Strukturanpassungsgesetz 1996 soll den Anreiz zum späteren Pensionsantritt verstärken, indem Personen, die früher in Pension gehen und keinen vollen Versicherungsverlauf aufweisen, einen etwas geringeren Steigerungsbetrag als bisher bekommen. Als soziale Schutzmaßnahme für Personen, die nicht völlig freiwillig frühzeitig in Pension gehen (Vorzeitige Alterspension bei geminderter Arbeitsfähigkeit oder bei Arbeitslosigkeit) wurde dabei aber vorgesehen, daß der Steigerungsbetrag in den in der Anfrage genannten Fällen nicht unter 60 % abfällt. Dieser soziale Schutzmechanismus bewirkt, daß der Steigerungsbetrag bei einer vergleichsweise geringen Bandbreite von Versicherungsmonaten auf dem Niveau von 60 % verharret.

Diese Regelung widerspricht sicherlich nicht dem Gleichheitsgrundsatz, da zum einen schon in der Vergangenheit die Versicherungsmonate je nach ihrer Anzahl und zeitlichen Lagerung ein unterschiedliches Gewicht aufwiesen. Zum anderen besteht schon seit längerem bei den Invaliditätspensionen für die Hinzurechnung ebenfalls eine obere Grenze von 60 %, die unabhängig von der Zahl der Versicherungsmonate ist.

Zu Frage 4: Nein. Grundsätzlich ist die Pension immer auf Basis jener Rechtslage zu berechnen, die zum Pensionsstichtag gilt. Daher kann zu einem früheren Zeitpunkt nicht von erworbenen Anwartschaften gesprochen werden. Wäre dies der Fall, dürfte man keinerlei Änderungen im Leistungsrecht vornehmen. Für Männer, die das 60. Lebensjahr, bzw. für Frauen, die das 55. Lebensjahr am 1. September 1996 bereits vollendet haben, enthält das Strukturanpassungsgesetz 1996 darüber hinaus eine Übergangsbestimmung, der zufolge die Pension nach der am 31. August 1996 geltenden Rechtslage zu berechnen ist.